

16-10-1978

4864/II/P
MTV

Rat der Hochdeutschen Volksgruppe

41, Schulstrasse

4700 EUPEN

Geehrter Herr Präsident,

In ihrer Sitzung vom 23. März 1978 nahm die St.K.Spr.K. Stellung bezüglich Ihrer Klage gegen die Lütticher Gebäuderegie, welche bei dem neuen Gebäude der Postverwaltung in Eupen ein Hinweisschild mit dem einsprachig französischen Vermerk "Régie des Bâtiments-Eupen-Poste" angebracht hatte.

Aus der ausgeführten Untersuchung ist hervorgegangen, dass bei dem zwischen der Gospertstrasse und der Schulstrasse gelegenen neuen Gebäude, in welchem das Postamt installiert werden soll, sich ein + 2 auf 1 Meter grosses Hinweisschild befindet mit dem Vermerk "Régie des Bâtiments-Eupen-Poste" und weiter dass der Tätigkeitsbereich der Gebäuderegie, 24 Av. Digneffe - Lüttich, sich ausschliesslich und auf die Gesamtheit der Provinz Lüttich erstreckt. Dass es sich deshalb um einen Regionaldienst handelt, im Sinne des Artikels 36, § 1, der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über die Anwendung der Sprachen in Verwaltungsangelegenheiten, welcher die Sprachenregelung der Regionaldienste festlegt, deren Tätigkeit sich auf Gemeinden mehrerer Sprachgebiete erstreckt.

../..

In Sachen Bekanntmachungen und Mitteilungen an die Oeffentlichkeit sind diese Dienste den Verfügungen des Artikels 34, § 1 der K.Spr.G. unterworfen, in dem es heisst, dass die Bekanntmachungen und Mitteilungen welche diese Diensten an die Oeffentlichkeit richten, in der oder den Sprachen abgefasst werden müssen, welche diesbezüglich den Lokaldiensten ihrer Sitzgemeinde auferlegt sind.

In ihrem Gutachten Nr. 1868 vom 5. Oktober 1967 war die St.K.Spr.K. der Meinung, dass "die wörtliche und genaue Anwendung des Gesetzes auch hier zu Zuständen führen würde, welche der Gesetzgeber gewiss nicht gewollt hätte. So müsste insbesondere ein Dienst, welcher mehrere Gemeinden mit oder ohne Sonderregelung der französisch- und niederländischsprachigen Gebiete umfasst, und dessen Sitz in einer Gemeinde ohne Sonderregelung gefestigt ist, die Bekanntmachungen und Mitteilungen im ganzen Bereich nur in der einen Sprache der Gemeinde veröffentlichen, in welcher derselbe seinen Sitz hat; es könnten demnach Bekanntmachungen und Mitteilungen nur in niederländischer Sprache in französischsprachigen Gemeinden vorkommen, oder auch das Umgekehrte".

"Dieselbe strikte Gesetzesanwendung würde dazu führen, dass einsprachig französische Bekanntmachungen und Mitteilungen in den Gemeinden des deutschen Sprachgebietes auferlegt würden, wenn sich im Bereich des fraglichen Regionaldienstes gewisse dieser Gemeinden befinden."

"Diesen Umstand berücksichtigend, ist es auch in diesem Falle angebracht, das Gesetz übereinstimmend mit dem von demselben beabsichtigten Sinn anzuwenden".

Im vorliegenden Falle kommt es demzufolge darauf an, sich nach dem Sinne des Art. 11, § 2, 1. Abs., der koordinierten Sprachengesetze zu richten, welcher folgendes verfügt : "In den Gemeinden des Gebietes deutscher Sprachd sind die an die Oeffentlichkeit gerichteten Bekanntmachungen, Mitteilungen und Formulare in der deutschen und französischen Sprache abzufassen".

Auf Grund der Rechtsprechung und unter Anwendung des vom Gesetzes beabsichtigten Sinnes musste das Hinweisschild in der deutschen und französischen Sprache abgefasst werden.

Demzufolge erklärte die Kommission die Klage für zulässig und begründet und brachte ihren Standpunkt dem Minister für Oeffentliche Arbeiten zur Kenntnis.

Genehmigen Sie, geehrter Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglicher Hochachtung.

DER PRÄSIDENT,

J. FLEERACKERS